



Hund, Katze, Maus!

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Zum Erfolg verdammt



VON CHRISTOPHER ZIEDLER

- Heute beginnen die Sondierungsgespräche für eine Jamaika-Koalition
- CDU, CSU, FDP und Grüne haben viele Differenzen auszuräumen
- Am Freitag sitzen erstmals alle vier Parteien an einem Tisch

Was mutt, dat mutt! Diese norddeutsch formulierten Erkenntnis, dass widrigsten Umständen zum Trotz ein Ergebnis produziert werden muss, hat im Frühsommer bereits die Koalitionsverhandlungen in Kiel geleitet. In ihrer ganzen Unterschiedlichkeit bilden Unionisten, Liberale und Grüne dort seither das bundesweit einzige Regierungsbündnis in den schwarz-gelb-grünen Nationalfarben der Karibikinsel Jamaika.

Nun beginnen in Berlin die Gespräche darüber, ob dieses Modell auch dazu taugt, Europas größte Volkswirtschaft in die Zukunft zu steuern. Der Unterschied zu früheren Sondierungsrunden: Es ist weniger eine Frage des Ob, sondern des Wie. Die Protagonisten sind zum Erfolg verdammt.

Das liegt an der Angst vor den Alternativen. Die SPD hat sich auf Selbsterhaltungstrieb auf die Opposition festgelegt. Ob sie sich im Falle gescheiterter Jamaika-Verhandlungen doch noch einmal bei der staatspolitischen Verantwortung packen ließe, ist nicht ausgeschlossen, aber alles andere als wahrscheinlich. Falls es doch zur erneuten Zusammenarbeit der beiden größten Blöcke käme, könnte das die Ränder, in diesem Fall den rechten, noch weiter stärken. Neuwahlen wiederum, die den Eindruck eines handlungsunfähigen Deutschlands entstehen ließen, würden kaum weniger Wasser auf die Mühlen der AfD spülen.

Zu den übergeordneten strategischen Erwägungen kommen handfeste persönliche Interessen, die den Druck im Berliner Kessel noch weiter steigen lassen. Für eine ganze Generation von Grünen ist der Viererbund wohl die letzte Chance zu regieren. Merkel wiederum wäre bei einer neuerlichen Stimmabgabe angesichts des vernehbaren Nachwuchstumms in der Union mit großer Sicherheit nicht noch einmal deren Kanzlerkandidatin. Jamaika soll es sein, Jamaika muss es sein.

Die Hindernisse jedoch, die es dafür aus dem Weg zu schaffen gilt,

sind groß und schwer. Wo soll der Kompromiss zwischen dem grünen Zieldatum für den Abschied vom Verbrennungsmotor und dem strikten CSU-Nein zu Festlegungen dieser Art liegen? Wie wollen die Grünen einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft oder das Ende der Massentierhaltung besiegeln, wenn CDU-Anhänger schon scharenweise mit Parteiaustritt drohen, sollte die Umweltpartei das Agrarressort bekommen? Wie nur sollen die Grü-

Die durch und durch entschlossene Reisegruppe auf dem Weg nach Jamaika dürfte am Ende ihr Ziel erreichen.

nen dem angeschlagenen CSU-Chef Horst Seehofer dabei helfen können, in der Flüchtlingspolitik „die rechte Flanke“ abzudecken?

Der Erfolgsdruck wird zu Antworten auf diese und andere offene Fragen führen. Die Partner müssen bereit sein, den anderen auf bestimmten Gebieten glänzen zu lassen und eben nicht eine Vielzahl fauler Formelkompromisse zu schließen. Am Ende muss eine Summe möglichst unverfälschter Einzelprojekte und Gesetzesmaßnahmen stehen, die als Ganzes auch noch ein schlüssiges Konzept für die Zukunft des Landes und der Europapolitik darstellen. Es wird zäh, es wird laut. Aber die durch und durch entschlossene Reisegruppe auf dem Weg nach Jamaika dürfte am Ende ihr Ziel erreichen. Wat mutt, dat mutt!

nachrichten@freiepresse.de

Check-in für Jamaika: Was sächsische Abgeordnete sagen



Schwarz, gelb und grün: Ab heute sondieren vier Parteien in Berlin, ob sie sich auf eine Jamaika-Koalition im Bund einigen können.

FOTO: KAY NIETELD/DPA/ARCHIV

Heute treffen sich CDU, CSU, FDP und Grüne zu Sondierungen. Ihr Ziel ist Jamaika. Doch wie kommen sie dorthin?

VON ALESSANDRO PEDUTO

BERLIN – Dreieinhalb Wochen nach der Bundestagswahl kommt allmählich Bewegung in die Suche nach einer neuen Bundesregierung. Ab heute treffen sich CDU, CSU, Liberale und Grüne neben dem Reichstag

in der Parlamentarischen Gesellschaft, also gewissermaßen in den fraktionsübergreifenden „Klubräumen“ der Abgeordneten, um Chancen für eine mögliche Jamaika-Koalition aus Schwarzen, Gelben und Grünen auszuloten. Besonders eilig hatte es Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bekanntlich nicht mit diesem Treffen. Sie wollte zunächst den Ausgang der vorgezogenen Neuwahlen in Niedersachsen am vergangenen Sonntag abwarten. Zudem mussten sich davor zunächst CDU und CSU einig werden bei ihrem gemeinsamen Streitthema Obergrenze für Flüchtlinge. Der

Kompromiss von vergangener Woche ermöglicht es den beiden Unionsparteien nun, ihren Gesprächspartnern von FDP und Grünen geschlossen gegenüberzutreten.

Zunächst reden heute die C-Parteien mit der FDP, dann mit den Grünen. Für morgen ist ein Treffen zwischen Liberalen und Grünen anberaumt, am Freitag dann sondieren erstmals alle vier Parteien. Am Tisch sitzen werden Vertreter von CDU und CSU, die historisch schlechte Wahlergebnisse einfuhren und derzeit über ihren Kurs debattieren. Zudem nehmen als einzig eher linke Partei die Grünen Platz sowie selbst-

bewusst ins Parlament zurückgekehrte Liberale. Schon jetzt ist klar: Sollten sich die vier Parteien einig werden, dass sie gemeinsam regieren wollen, dürfen es lange und schwierige Koalitionsverhandlungen werden. Wie stehen die Chancen für Jamaika? Welche Impulse könnten davon ausgehen? Wo droht Streit? Die „Freie Presse“ hat Abgeordnete aus Sachsen nach ihrer Einschätzung gefragt.

Leitartikel

FOTOS: (ARCHIV) CDU, JOACHIM THOSS, CARSTEN WAGNER, BERND VON JUTRCZENKA/DPA, ACHIM MELDE/BUDESTAG, MONIKA SKOLIMOWSKA/DPA, SEBASTIAN KAHNERT/DPA, ANDREAS SEIDEL

Frank Heinrich, CDU



Der Chemnitzer Abgeordnete hält Jamaika „für eine tolle Chance“. Er stehe „mit ganzem Herzen dazu“. Zwar sei „Reibungspotenzial“ da. Jedoch sei allen Beteiligten klar, dass es jetzt um Realpolitik gehen müsse und es sich keiner leisten könne, „nur herumzuzicken“. Es sei gut, sich inhaltlich und personell „breiter aufzustellen und frische Ideen einzubringen, etwa beim Thema Einwanderungsgesetz“. Zugleich wolle Heinrich vor der Gefahr, „dass die beteiligten Parteien sehr viele Kompromisse eingehen müssen, in denen sich ihre jeweiligen Stammwähler nicht wiedererkennen“.

Carsten Körber, CDU



Der Zwickauer Abgeordnete hält eine Jamaika-Koalition ebenfalls für „ein progressives Bündnis“, das in Wirtschaft und Gesellschaft neue Wege beschreiten könne. Er sehe mit FDP und Grünen „viele Schnittmengen“. Eine Gefahr sei aber, dass die Koalitionsverhandlungen „ideologisch sehr aufgeladen sind“. Jetzt sei aber „nicht die Stunde verbissener Ideologien“. Es gehe darum, „sachlich, ehrlich und unvoreingenommen“ miteinander zu sprechen, ohne bereits im Vorfeld von Gesprächen bestimmte Dinge auszuschließen. Deshalb werde er sich „nicht beim Ziehen von roten Linien beteiligen“, betont Körber.

Yvonne Magwas, CDU



Die Abgeordnete aus dem Vogtland findet, ein schwarz-gelb-grünes Bündnis sei eine Herausforderung, müsse aber „unter demokratischen Parteien leistbar sein“. Alle Seiten müssten sich auf Kompromisse einstellen. Das Ziel sei, „zügig eine stabile Koalition hinzubekommen“, die zentrale Zukunftsthemen und die Probleme der Menschen löse. „Die Aufgaben sind groß“, betont Magwas, „Realpolitik muss vor Ideologie stehen.“ Sie wünsche sich gerade beim Thema Landwirtschaft und der Zukunft des Dieselmotors „pragmatische Lösungen, ein Miteinander und kein Gegeneinander-Ausspielen“.

Monika Lazar, Grüne



Die Leipziger Politikerin glaubt: „Leicht wird es nicht, und alle Parteien werden wohl auch schmerzliche Kompromisse eingehen müssen.“ Für ihre Partei sei die ökologische Modernisierung zentral, „aber wir dürfen uns nicht darauf verengen“. Die Grünen müssten „auf eine weltoffene, proeuropäische und soziale Politik pochen“. Hierzu gehöre die vor allem im Osten verbreitete Altersarmut. Auch ein Einwanderungsgesetz, die Einschränkung von Rüstungsexporten, eine andere Handelspolitik und die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rassismus müssten an Bedeutung zunehmen.

Alexander Krauß, CDU



Der neue Bundestagsabgeordnete für den Erzgebirgskreis sieht in Jamaika trotz aller Schwierigkeiten „die Chance für eine bürgerliche Politik der Mitte“. Es gehe nicht um eine „Liebesheirat“, sondern um ein „Zweckbündnis“, damit Deutschland eine stabile Regierung bekomme. Die Grünen seien zwar keine einfachen Partner. Reibungspunkte mit ihnen erwartet Krauß vor allem bei der Inneren Sicherheit und dem Thema Asyl. Die eigenwillige grüne Basis sieht er sogar als Risiko. Wenn diese nämlich „linke Fantastereien umsetzen möchte, dann kommt keine Koalition zustande“, warnt Krauß.

Stephan Kühn, Grüne



„Man kann sich das gewünschte Wahlergebnis nicht backen“, sagt der Dresdner. Jamaika müsse ein stabiles und verlässliches Regierungsbündnis werden und könne „kein Dauertritt auf der Rasierklinge“ sein. Es sei kein Geheimnis, dass zwischen Grünen und Union etwa in der Agrarpolitik „Welten“ lägen. Dennoch müsse es in den Gesprächen darum gehen, „nach Gemeinsamkeiten zu suchen, statt Unterschiede zu betonen“. Hierbei dürfe aber der „Markenkern“ der Parteien nicht beschädigt werden, wenn man Basis und Wählerschaft überzeugen wolle. „Deshalb muss man sich wechselseitig auch Erfolge gönnen“.

Marco Wanderwitz, CDU



Der Parlamentarier für den Wahlkreis Chemnitzer Land findet, die Jamaika-Partner seien nun einmal dazu „verdornert, das hinzubekommen“. Es gehe nun darum, gemeinsame Projekte zu finden, etwa bei der Zukunft des ländlichen Raums, Rente, Zuwanderung und Sicherheit. „Es wird strittige Themen geben. Dabei müssen wir zu Lösungen kommen“. Jamaika sei ein fortschrittliches Bündnis. Unverhandelbare CDU-Positionen will Wanderwitz nicht benennen, „weil ich diese Koalition zum Laufen bekommen möchte“. Das „Tafelsilber“ der CDU sei ja „hinlänglich bekannt. Es bleibt im Schrank“, versichert Wanderwitz.

Frank Müller-Rosentritt, FDP



Der Chemnitzer Liberale hält das Ergebnis der Sondierungen für „vollkommen offen“. Die Wähleraufträge der vier beteiligten Parteien stünden teils im Widerspruch zueinander. Somit gebe es „nicht automatisch ein gemeinsames Projekt“. Für die FDP sei ein Politikwechsel gegenüber den vergangenen vier Jahren entscheidend, vor allem bei Bildung, Digitalisierung, Einwanderung. Über die Wege dorthin lasse sich verhandeln, „aber die Ziele kann man nicht gegeneinander ausspielen“. Sollte die „liberale Handschrift“ bei Jamaika nicht erkennbar sein, „dann gehen wir in die Opposition“.

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Ulrich Lingnau
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteure:
 Udo Lindner, Jana Klameth
Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich
Anzeigenleitung:
 Gesamt: Tobias Schniggenfittig
 (verantwortlich für den Anzeigenteil)
 National: Alexander Arnold
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 29,90 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 37,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.